

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme im Voraus, die 2. Hälfte des Monats im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2,10 Mk. Einmalige Beiträge 1,00 Mk. Abbestellen: Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abbestellen und unsere Wünsche zu jeder Zeit entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 2. Hälfte des Monats 20 Goldpfennige, die 2. Hälfte des Monats 40 Goldpfennige, die 2. Hälfte des Monats 60 Goldpfennige, die 2. Hälfte des Monats 80 Goldpfennige. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Verträge und Platzanzeigen werden nach Möglichkeit fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Abrechnung der Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 165 — 83. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Wilsdruff“      Wilsdruff-Dresden      Post-Bez.: Dresden 2540      Donnerstag den 17. Juli 1924

## Steigende Flut.

Die wirtschaftliche Lage wird ernster von Tag zu Tag, von überall her kommen die Nachrichten über Stilllegung von Betrieben. Vor allem natürlich aus dem besetzten Gebiet, wo die Industrie von den Rumänern langsam aber sicher abgezwängt wird, trotzdem ja auf Grund der letzten Verträge jetzt auch das Reich bei der Finanzierung der Lieferungen hilft. Dort sind es vor allem die Kohlenfelder im südlichen Randgebiet des Ruhrbeckens, die für ihre nicht ganz hochwertigen Kohlen keinen Abfah mehr finden, bisher trotz der großen Unkosten den Betrieb aufrecht zu erhalten versuchten, jetzt aber zum Erliegen kommen. Zahlreiche Zechen der dortigen Gegend haben stillgelegt und Hunderte von Arbeitern sind bereits abgewandert, anderswo nach Arbeit zu suchen. Ebenso meldet die Rheinprovinz eine Zunahme der Betriebsstilllegungen, und zwar nicht nur von mittleren und kleineren, sondern jetzt auch von Großbetrieben. Bekanntlich hat vor einiger Zeit auch Krupp Einschränkungen vorgenommen, und jetzt kommt die Nachricht, daß eine der bekanntesten oberrheinischen Firmen von Beltruf, nämlich H. Lang-Mannheim, sämtliche Arbeiter entlassen und den Beamten und Angestellten gekündigt hat. Geradezu tröstlos sind die Meldungen über die allseitig steigende Erwerbslosigkeit: nur die Landwirtschaft ist noch imstande, Arbeitskräfte anzufordern. In allen anderen Gewerben sind starke Betriebseinschränkungen vorgenommen worden.

Die Ursache ist überall dieselbe: Kreditnot und — teilweise deshalb — Absatzstörung. Es ist so schlimm, daß Geschäfte gegen sofortige oder auch nur kurzfristige Verzinsung überhaupt nicht mehr gemacht werden können, daß vielmehr in der Regel ein Ziel von wenigstens drei Monaten in Anspruch genommen, das in zahllosen Fällen aber auch dann um Verlängerung der Zahlungsfrist gebeten wird. Irrendenweise Hilfe ist von der Reichsbank nicht zu erwarten, die Warenwechsel sogar erstklassiger Firmen nicht mehr diskontiert. Auch von der Reichsbank erfährt die Industrie beim Warentransport keinerlei Unterstützung oder Zahlungsmittel; vielmehr wird hier allseitig nicht nur über die Höhe der Tarife, sondern vor allem über die Höhe der Zinsen der Zahlungsbedingungen gestritten. Die Eisenbahn selbst bekommt jetzt natürlich die Folgen der steigenden Krise schon sehr deutlich zu spüren; im Ruhrgebiet ist bereits im Juni die arbeitsmäßige Wagenanforderung um nicht weniger als 5500 Wagen zurückgegangen — das ist etwa ein Drittel des früheren Bedarfs. Die Kreditpolitik der Reichsbank ist das Ziel von überaus ernsten Angriffen geworden, nicht etwa bloß aus jenen Kreisen heraus, die alsbald die Folgen der Inflation gesehen und nun verdorren und absterben, sondern jetzt auch von alten, gesunden Unternehmen aus, die unter dem Druck der steigenden Wirtschaftskrise zum Zusammenbrechen verurteilt werden. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß bei dieser „Zurückhaltung“, die zu einer tatsächlichen Kreditstrenge geworden ist, allgemeine politische, außerhalb des wirtschaftlichen liegende Gründe mitwirken. Kein Wunder, daß diejenigen Wirtschaftskreise, die sich gegen die Annahme des Sachverständigenrats sträuben, daß darüber hinaus die gesamte deutsche Wirtschaft müde wird und den Jähren führt, in der Annahme und Durchführung dieses Gutachtens das letzte Hilfsmittel in ihrer furchtbaren Not zu sehen und sich deshalb für seine schleunigste Erledigung einzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch der Anstand der Effekten auf den Börsen zu betrachten, die noch die letzten Geldreserven darstellen; jede Haufe an der Börse wird gleich in ihrem Beginn erstickt und mit einer Bauffe beantwortet, die den Wert der Aktien noch weiter herunterschiebt.

Gewiß haben auf die Absatzstörung übertriebene Kartellpreise eingewirkt, — aber der Preisabfall, den wir jetzt auf allen Gebieten erleben und der von der Kreditnot erzwungen ist, schließt in weit über das wirtschaftlich zu billigende Ziel hinaus. Dem man beschränkt sich schon längst nicht mehr auf eine Verzichtsleistung auf jeglichen Verdienst, sondern stellt sich zu einem Verkauf weit unter Herstellungskosten genötigt, weil man den für die Festhaltung der Waren notwendigen Kredit entweder nicht bekommt, auch im Schwarzhandel nicht, oder doch nur zu Bedingungen, die noch größere Verluste verursachen als ein Verkauf unter Selbstkostenpreis. Es ist dieselbe Entwicklung wie in der Inflationszeit, als — allerdings gewungenermaßen — der Verkauf zu dem Wiederanschaffungspreis verboten war, was bekanntlich zu einem ungeheuerlichen Substanzverlust der deutschen Wirtschaft und damit zu der Krise geführt hat, in der wir jetzt noch nicht einmal mitten drin sind.

Es ist also die zweite Welle in dieser katastrophalen Entwicklung, und diese Welle steigt; wir werden von ihr noch in die Höhe getragen, und es wird eine genau so furchtbare Zertrümmerung wirtschaftlicher Werte geben, wenn sie sich überschlägt.

Und überaus zweifelhaft ist es, ob uns die Entente in dieser steigenden Flut einen Rettungsanker zuwerfen wird.

## Konferenz = Beginn in London.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London 16. Juli. Wenige Minuten vor 11 Uhr vormittags begab sich die Delegation für die interalliierte Reparationskonferenz nach dem englischen Außenamt. Präsident der Eröffnungssitzung war der englische Ministerpräsident MacDonald. Ihm zur Rechten saß der französische Ministerpräsident Herriot. Die Sitzung begann mit einer Begrüßungsansprache des englischen Ministerpräsidenten. Es wurde festgestellt, daß die Hauptaufgabe der Konferenz die ist, daß Dawes-Gutachten vor Sicherung der deutschen Zahlungen zur Ausführung zu bringen.

### Belgien gegen die Zulassung Deutschlands zur Konferenz.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Brüssel, 15. Juli. Vor seiner Abreise nach London erklärte Deunis im Senat auf die Anfrage des Senators Lonques, daß die belgische Regierung gegen die Zulassung Deutschlands in London stimmen würde, da Belgien das größte Interesse habe, mit den Reparationsverhandlungen zu Ende zu kommen. Ferner erklärte Deunis: Nach den Zusicherungen MacDonalds in Paris dürfen die militärischen Räumungsfragen in London nicht diskutiert werden.

### Deutschland auf der Londoner Konferenz

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 16. Juli. Es verlautet, daß Dr. Schacht seine letzte Anwesenheit in Paris dazu benutzt hat, um mit den französischen Delegierten für die Londoner Konferenz sich vor deren Abreise noch in Verbindung zu setzen. Als ein vorläufiges Ergebnis dieser Besprechungen Dr. Schachts kann die Tatsache bezeichnet werden, daß der deutsche Vertreter in der Kriegskostenkommission, Dr. Mayer, sich nach London begeben wird, um während der Konferenz an Ort und Stelle zu sein und sich zur Verfügung der Konferenzmächte zu halten.

### Die Repko und der Sachverständigenplan

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 16. Juli. Die Reparationskommission hat gestern vormittag zu einer offiziellen Sitzung zusammen. Nach dem „Petit Journal“ wird die Reparationskommission dann offiziell den Sachverständigenplan durch Deutschland als ausgearbeitet feststellen, wenn die nachstehenden fünf Bedingungen erfüllt sind: 1. Begründung der Goldnotenbank, 2. Bildung der Eisenbahngesellschaft, 3. Organisation des Systems der Schulverbreitungen, 4. Ausbündigung der Eisenbahn- und Industrieobligationen an den von der Reparationskommission ernannten Treuhänder, 5. Unterbringung der auswärtigen Anleihe in Höhe von 800 Millionen. — Der letzte Punkt

gab zu einer lebhaften Debatte Anlaß, in der besonders die britischen Vertreter erklärten, daß die Unterbringung der Anleihe sehr schwierig und geradezu unmöglich sei, wenn die wirtschaftliche Einheit des Reiches nicht zuerst wiederhergestellt würde. Der Vorsitzende der Kommission, Barthou, mußte seine ganze Verehrtheit aufwenden, um Bradbury zum Nachgeben zu bewegen. Er wurde dabei von de la Croix lebhaft unterstützt.

### Amerika gegen ein Ultimatum

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Washington, 16. Juli. Nach dem „New York Herald“ vertritt man in maßgebenden Washingtoner Kreisen den Standpunkt, daß Deutschland Gelegenheit gegeben werden müsse — sobald eine Verständigung unter den Verbündeten selbst zustande gekommen ist — auf der Londoner Konferenz gehört zu werden. Ein Versuch, Deutschland zur Annahme eines Ultimatums zu zwingen, würde einen schweren Irrtum bedeuten, weil eine erzwungene Unterschrift bei weitem nicht den Wert einer freiwilligen Mitarbeit besäße, die zur wirksamen Durchführung des Sachverständigenplanes unerlässlich ist. In den Washingtoner Kreisen, die dem Staatsdepartement nahesteht, wird erklärt, daß der Erfolg der geplanten deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten wie auch in den anderen Ländern in hohem Maße davon abhängt, daß auf der Londoner Konferenz definitive Garantien für den ungestörten Verlauf der Produktion im Ruhrgebiet geschaffen werden.

### Jugoslawische Neutralität in der bessarabischen Frage.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Wien, 16. Juli. Der jugoslawische Minister des Auswärtigen Dr. Rinschitsch erklärte auf die Frage, welche Haltung Jugoslawien im Falle eines russisch-rumänischen Konflikts wegen Bessarabien einnehmen werde, er halte einen beratigen Krieg vorläufig für ganz unmöglich. Wenn es aber doch dazu käme, so würde Jugoslawien gegenüber Rumänien eine wohlwollende Neutralität einnehmen.

### Die Franzosen gegen das Abkommen mit China.

(Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Berlin, 16. Juli. Der französische Botschafter in Peking hat der chinesischen Regierung drei Noten über das chineisch-deutsche Abkommen überreicht.

## Zehn Fragen heischen Antwort

### Programm der Konferenz.

London, 15. Juli.

In der englischen Presse glaubt man, den Beratungstoff der Londoner Konferenz in folgende zehn Fragen gliedern zu können:

1. Wie soll der Dawes-Bericht zur Ausführung gebracht werden, d. h. mit welchem diplomatischen Instrument?
2. Soll Deutschland zu den Besprechungen eingeladen werden oder soll ihm nur erlaubt werden, seine Ansicht der Reparationskommission vorzutragen?
3. Zu welchem Datum soll der Dawes-Plan in Anwendung gebracht werden und wer soll erklären, daß er in Anwendung gebracht ist: die Reparationskommission oder eine andere Körperschaft?
4. Sollen noch andere Garantien verlangt werden als die im Dawes-Bericht festgesetzten?
5. Wann soll die gegenwärtige militärische Besetzung aufgehoben gemacht werden, und wann soll sie ganz aufgehoben? Der letzte französisch-belgische Vorschlag geht dahin, daß die gesamte Besetzung erst aufgehoben soll, wenn die Eisenbahnschulden und industriellen Schuldbestreibungen auf ein nominelles Kapital von 800 Millionen Pfund gebracht sind.
6. Welche Körperschaft soll die Einzelbestimmungen des Dawes-Berichts interpretieren: das Haager Schiedsgericht, die Reparationskommission oder wer?
7. Welche Körperschaft soll entscheiden, ob Deutschland zu einer gegebenen Zeit seinen Verpflichtungen nicht nachkommen ist: Das Finanzkomitee des Völkerbundes oder die Reparationskommission plus einem Amerikaner? In letzterem Falle: wer soll den Amerikaner ernennen, und welche Rolle wird er in der Reparationskommission spielen? Oder ist er nur ausschlaggebend bei gleicher Stimmzahl?

8. Wie sollen die Alliierten ihre Zahlungen einbringen, wenn die dazu berufene Behörde erklärt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt? Falls die Alliierten zu einem einheitlichen Entschluß nicht kommen, muß dann die Frage einem Schiedsrichter unterworfen werden, oder kann eine Macht oder eine Gruppe von Mächten Sanktionen (1) beschließen, unabhängig von den anderen Mächten?

9. Zu welchen Bedingungen soll die erste 40-Millionen-Pfund-Anleihe auf dem internationalen Markt kommen? Zu welchem Zeitpunkt soll die Anleihe auf den Markt geworfen werden? Soll ihr Priorität über alle deutschen Zahlungen zugesichert werden?

10. Sollen zwischen den alliierten Regierungen, sei es gemeinsam oder getrennt, und dem Übertragungsausschuß Sonderabmachungen über Barzahlungen und Sachlieferungen getroffen werden?

### Weitere Bedingungen.

Die Bedingungen für die 40-Millionen-Pfund-Anleihe dürften nach der „Times“ folgende sein:

- a) keine Änderung des Dawes-Planes.
- b) der gute Wille Deutschlands,
- c) absolute Priorität für die Anleihe,
- d) Garantien, daß der Übertragungsausschuß die Ausführung der Anleihe nicht stört,
- e) eine wirklich unparteiische Körperschaft, die entscheidet, ob Deutschland seine Verpflichtungen vernachlässigt,
- f) keine Sanktion ohne Einstimmigkeit für solche Sanktionen einschließend der Vertreter der Geldgeber.

Die Londoner Presse scheint etwas nervös geworden zu sein. Man liest aus ihren Zeilen die Befürchtung heraus, daß Frankreich die Arbeiten der Konferenz sabotieren könnte. Inwiefern diese Nervosität berechtigt ist, wird man ja in den nächsten Tagen erfahren.